News Archiv October 2017

2017-10-17 07:48

SPÖ will mit ÖVP und FPÖ reden

SPÖ wartet auf Einladung

Die SPÖ hat am Montagnachmittag in ihren Parteigremien beschlossen, entlang des schon vorher festgelegten Wertekompasses Gespräche mit allen Parteien über eine künftige Koalition zu führen, sofern man dazu eingeladen wird. Das berichtete der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser nach der Vorstandssitzung vor Journalisten.

Wiens Bürgermeister Michael Häupl dementierte indes Widerstand aus seiner Landespartei. Dass sich die Wiener in den Gremien gegen einen derartigen Beschluss starkgemacht hätten, sei eine „völlige Fehlinformation“, so Häupl. „Selbstverständlich sind wir dafür, dass mit allen geredet wird“, so Häupl.

Das Präsidium habe sich einstimmig dafür ausgesprochen, im anschließenden Vorstand seien zwei Vertreter der Jugendorganisationen dagegen gewesen. Er habe keine Bedenken gegen Gespräche mit den Freiheitlichen, sagte Häupl. Eine Koalition mit der FPÖ will er aber nicht, bekräftigte der Bürgermeister. Neben Wien haben sich dem Vernehmen nach auch Tirol und Vorarlberg gegen eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen ausgesprochen.

Kern: Wollen keine Türe zuschlagen

SPÖ-Chef Christian Kern sagte nach der Sitzung der Gremien, dass die Partei geschlossen dafür eintrete, bei entsprechender Einladung Gespräche über eine Regierungsbeteiligung zu führen: „Wir wollen keine Türe zuschlagen, das haben wir heute klargemacht.“ Dass Häupl zumindest Rot-Blau skeptisch gegenübersteht, nimmt Kern zur Kenntnis. Die Position des Stadtchefs sei bekannt. Doch hätten auch die Wiener Vertreter in den Gremien für die Aufnahme von Gesprächen gestimmt.

Die SPÖ will mit allen reden

Die SPÖ hat am Montag in ihren Parteigremien beschlossen, mit allen Parteien, also auch mit der FPÖ, Gespräche zu führen. Man wolle keine Türen zuschlagen, so SPÖ-Chef Kern.

Kern geht allerdings nicht davon aus, dass die Sozialdemokraten zum Zug kommen werden. Die Programme von ÖVP und Freiheitlichen seien „fast wortident“. Er nehme daher an, dass die beiden

Parteien relativ rasch ein Regierungsprogramm haben werden.

Kern stellte Vertrauensfrage

Kern selbst ist entschlossen, als Parteichef im Amt zu bleiben. Er stellte in den Gremien die Vertrauensfrage und wurde dort einstimmig bestätigt. Die Parteistrukturen will er überarbeiten. Dass es hier Änderungsbedarf gebe, sei im Wahlkampf evident geworden. Nicht endgültig festlegen wollte sich der Kanzler, was die Besetzung der Bundesgeschäftsführung angeht.

Zumindest bis zur Regierungsbildung werden Andrea Brunner und Christoph Matznetter als Bundesgeschäftsführer im Amt bleiben. Noch nicht entschieden wurde auch, wer das Amt der Zweiten oder Dritten Nationalratspräsidentin ausüben wird. Als nicht unwahrscheinlich gilt, dass die derzeitige Präsidentin Doris Bures diese Position ausfüllen wird. Sie selbst äußerte sich am Montag allerdings nicht dazu.

Schickhofer: Weg in Oppostion zeichnet sich ab

Unmittelbar vor der Präsidiumssitzung hatte sich Kern für Koalitionsverhandlungen mit ÖVP und FPÖ ausgesprochen. Basis für die Gespräche würden Kriterienkatalog und Wertekompass sein, die bereits vor der Wahl fixiert worden waren.

Kern traf zur Sitzung gemeinsam mit Hans Peter Doskozil, dem Vertreter des rot-blau regierten Burgenlands, ein. Wie Kern trat auch Doskozil dafür ein, auf Basis des Wertekatalogs zu verhandeln. Diese Devise gab Kaiser aus. Er hält allerdings eine schwarz-blaue Koalition für am wahrscheinlichsten. Ebenso sah das der steirische Landesvorsitzende Michael Schickhofer: „Der Weg in die Opposition zeichnet sich ab.“ Reden solle man aber mit allen.

Einig war man sich in der Partei, dass das Wahlergebnis, das in etwa jenem von 2013 entsprach, kein Ruhmesblatt ist. Infrastrukturminister Jörg Leichtfried meinte etwa: „Es war schon einmal lustiger.“ Der niederösterreichische Landeschef Franz Schnabl sagte: „Es ist kein Sieg, sondern eine gefühlte Niederlage.“ Auch Häupl sagte, er hätte sich „ein besseres Ergebnis erwartet“.

Wer aus dem Parlament fliegt

Zahlreiche Wechsel finden nach der Nationalratswahl im SPÖ-Parlamentsklub statt, und das nicht nur, weil eine große Gruppe an Abgeordneten nicht mehr kandidiert hat. Nach derzeitigem Stand fliegen etwa Bildungssprecherin Elisabeth Grossmann, Pro-Ge-Chef Rainer Wimmer, Bundesgeschäftsführer Christoph Matznetter und die Vorsitzende der Jungen Generation, Katharina Kucharowits, aus dem Nationalrat.

Dem Vernehmen nach ebenfalls nicht geschafft haben dürfte es der frühere Klubchef Josef Cap, dessen Vorzugsstimmenwahlkampf gescheitert sein dürfte. Für ihn bedeutet das wohl einen Abschied aus dem Hohen Haus nach 34 Jahren. Fix weg ist der ehemalige Verteidigungsminister Gerald Klug.

Neue Gesichter im Klub

Viele neue Gesichter wird es im Parlamentsklub geben. Aus Niederösterreich kommt der frühere Landesrat Maurice Androsch, ebenfalls der ehemalige SJ-Chef Andreas Kollroß, heute Bürgermeister in Trumau, sowie Landesgeschäftsführer Robert Laimer. Gerade noch geschafft hat es ein Jungstar, die Bürgermeisterin von Altmünster, Elisabeth Feichtinger aus Oberösterreich. Vorarlberg entsendet Landesgeschäftsführer Reinhold Einwallner, Tirol unter anderen Frauenchefin Selma Yildirim. Neu aus

der Steiermark ist unter anderen die Obfrau der Gebietskrankenkasse, Verena Nussbaum.

Von den bisherigen Regierungsmitgliedern dürften neben Kern Doskozil, Leichtfried, Sozialminister Alois Stöger und Staatssekretärin Muna Duzdar ihre Mandate annehmen. Verzichtet etwa Kanzleramtsminister Thomas Drozda, würde der frühere Bundesratspräsident Mario Lindner nachrücken. Unsicher ist, ob der zurückgetretene Bundesgeschäftsführer Georg Niedermühlbichler seinen Sitz in Anspruch nimmt. Wenn nicht, hätte ÖGB-Frauenchefin Renate Anderl eine Chance.

Read more … SPÖ will mit ÖVP und FPÖ reden

2017-10-16 08:14

Wahlkarten: Mehr als 750.000 Stimmen fehlen noch

Mehr als 750.000 Stimmen der Nationalratswahl sind noch nicht ausgezählt. Den größten Teil der noch offenen Stimmen werten heute die Bezirkswahlbehörden aus - nämlich jene, die per Post geschickt wurden. Das dürften mehr als 700.000 sein.

Am Donnerstag sind die Landeswahlbehörden dran: Sie zählen die Wahlkarten aus, die in „fremden“ Wahlkreisen abgegeben wurden - und zwar nicht nur „klassisch“ als Wahlkarte, sondern heuer erstmals auch als Briefwahl. Letzteres war bei früheren Wahlen nicht möglich, und so lässt sich nicht wirklich abschätzen, wie viele Stimmen am Donnerstag noch anfallen. Zwischen 50.000 und 100.000 wurde gerechnet.

Es steht auch noch nicht genau fest, wie viele Stimmen insgesamt noch zu den 4.324.760 aus dem vorläufigen Endergebnis dazukommen. Laut ORF-Hochrechnung wird momentan von 750.228 gültigen Stimmen ausgegangen.

889.193 Wahlkarten wurden ausgestellt. Ein Teil von ihnen wurde am Wahltag im eigenen Wahlkreis verwendet und somit bereits mit der Urnenwahl ausgezählt. Etwas mehr als 80 Prozent fallen nach den Erfahrungen der letzten Wahlen für die zwei Auszählungen heute und am Donnerstag an.

Die Wahlergebnisse im Detail

Read more … Wahlkarten: Mehr als 750.000 Stimmen fehlen noch

2017-10-15 10:55

Parteien melden bisher 3,4 Mio. Euro an Spenden

Für den Nationalratswahlkampf haben die kandidierenden Parteien in Summe 3,4 Mio. Euro an Spenden gemeldet. Davon gingen fast zwei Drittel an die ÖVP, ein Viertel an NEOS. Den größten Anteil machten Großspenden über 3.500 Euro aus. Nur bei SPÖ und Grünen liegen Kleinspender vorne - beide Parteien haben auch geringe Gesamteinnahmen.

Die ÖVP hat ihre Spendeneinnahmen im Wahlkampf erstmals laufend offengelegt und dabei eine Anleihe am Präsidentschaftswahlkampf genommen, wo Alexander Van der Bellen und Irmgard Griss offensiv Fundraising betrieben hatten. Bis Freitag legte die Volkspartei 2,1 Mio. Euro an Spenden offen, davon 57 Prozent (1,2 Mio. Euro) von Großspendern.

NEOS auf Platz zwei, gefolgt von Pilz

Auf Platz zwei liegt mit 821.500 Euro NEOS. Hier kamen 78,4 Prozent von Großspendern (über 3.500 Euro). Der frühere grüne Abgeordnete Peter Pilz meldete rund 282.000 Euro an Spendeneinnahmen. Auch bei ihm liegen die Großspender knapp vorne, darunter die Kandidaten Alfred Noll und Renee Schroeder. Pilz muss seinen Wahlkampf ohne Parteienförderung führen, auf die seine Liste erst Anspruch erhalten würde, sollte sie in den Nationalrat einziehen.

Vergleichsweise geringe Einnahmen meldete die SPÖ mit rund 187.000 Euro, davon etwas mehr als ein Drittel (70.000 Euro) von Großspendern über 3.500 Euro - wobei die Sozialdemokraten betonen, keine Spenden über 20.000 Euro anzunehmen.

Wenig für Grüne, FPÖ nimmt keine Spenden an

Während Alexander Van der Bellen für seine Präsidentschaftswahl erfolgreiches Fundraising betrieben hat, sammelt seine frühere Partei, die Grünen, bei der Nationalratswahl kaum Spenden. Bisher wurden nur Einnahmen von 7.699 Euro gemeldet - und keine einzige Großspende. Keine Spenden offengelegt hat die FPÖ. Nach Angaben der Partei werden keine Wahlkampfspenden angenommen.

Read more … Parteien melden bisher 3,4 Mio. Euro an Spenden

2017-10-11 11:25

Kern gibt in letzter Nationalratssitzung Erklärung ab

SPÖ-Chef Christian Kern wird die Sitzung des Nationalrats morgen wohl als Wahlkampfbühne nutzen. In seiner Funktion als Bundeskanzler kündigte er eine Erklärung an, an die sich eine Debatte anschließen wird.

Offen ist bisher, ob es auch eine Dringliche Anfrage geben wird, die das ohnehin schon volle Programm noch ergänzen könnte. Die Chance dafür hätte zunächst die SPÖ. Verzichtet sie, wäre die Volkspartei am Zug, danach die FPÖ.

Letzte Beschlüsse

Jedenfalls - dank Rotationsprinzip - ein Thema setzen können die Grünen, nämlich in der Aktuellen Stunde, in der sie über die Klimakrise debattieren lassen. Dazu fallen noch jede Menge Beschlüsse, teils mit rot-blau-grünen Mehrheiten, etwa dass bei der Notstandshilfe das Partnereinkommen nicht mehr eingerechnet wird oder die Übernahme der Lehrlingskosten durch den Insolvenzentgeltfonds.

Read more … Kern gibt in letzter Nationalratssitzung Erklärung ab

2017-10-10 09:44

CETA-Volksbegehren: Verfassungsausschuss beendet intensive Beratungen

Viele offene Fragen und massive Rechtsunsicherheiten bleiben

Dank der Unterstützung von mehr als 562.000 BürgerInnen, die das Volksbegehren gegen CETA, TTIP & TiSA ins Parlament brachten, befasste sich der Verfassungsausschuss intensiv mit CETA und Freihandel im Allgemeinen. Die Experten-Anhörungen bestätigten die von Gewerkschaften und NGO´s ins Treffen geführten Bedenken eindrucksvoll. „Es ist leider immer noch nicht gelungen, die rechtlichen Unsicherheiten bei der Auslegung des CETA-Vertrages vollständig zu klären. Somit ist für uns klar, dass das Parlament so lange keine Zustimmung zu CETA geben darf, bis die letzten juristischen Zweifel ausgeräumt sind und die von uns aufgezeigten roten Linien nicht überschritten werden“, stellt Thomas Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums von younion _ Die Daseinsgewerkschaft in einer ersten Reaktion fest.

Erst sechs Mitgliedstaaten haben das Abkommen bisher ratifiziert. Besondere Bedenken haben die Kritiker der Handelsabkommen in ihrer derzeitigen Form gegen die vorgesehenen Investitionsschutzregeln und die Schiedsgerichtsbarkeit.

Kattnig: „Das Volksbegehren gab dem Parlament die Gelegenheit, sich intensiv mit der Materie zu beschäftigen und keine voreilige Ratifizierung zu veranlassen. Ohne diese Initiative, die wir gerne unterstützten, wäre dies nicht möglich gewesen. Ich sehe mich jedenfalls in meiner Kritik bestätigt, dass kein Bedarf an zusätzlichen privilegierten Klagerechten für Konzerne und Sonderschiedsgerichtsbarkeit

besteht.“ Weitgehend ungeklärt sind auch die Auswirkungen von CETA auf die Daseinsvorsorge, den Umwelt- und Konsumentenschutz sowie ArbeitnehmerInnen-Rechte. Gleichzeitig sind noch eine Reihe von Gutachten und Entscheidungen auf EU-Ebene zu erwarten.

Thomas Kattnig abschließend: „Das Parlament hat gerade bei CETA und damit auch für kommende Handelsabkommen eine riesige Verantwortung. Wir müssen die Daseinsvorsorge und unsere Standards sichern. Daher gilt es bei CETA die Giftzähne zu ziehen und ein neues faires sowie nachhaltiges Handelsregime für die Zukunft zu etablieren.“

Read more … CETA-Volksbegehren: Verfassungsausschuss beendet intensive Beratungen

2017-10-04 09:06

Kurz-Aussage „nicht sehr klug“

Neu Regieren. ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz stößt auf Widerstand in seinen eigenen Reihen.

Beim KURIER-Gespräch mit Herausgeber Helmut Brandstätter im Raiffeisen Forum sagte Kurz, er wolle im Falle einer Kanzlerschaft eine „starke Regierung“ bilden. Dazu gehöre, das „verwaschene Verhältnis“ zwischen Regierung und den Sozialpartnern neu zu regeln. So wäre es beispielsweise bei Regierungsverhandlungen problematisch, wenn immer auch die Sozialpartner mit am Tisch sitzen. Kurz: „Hier verschwimmen Grenzen, die nicht verschwimmen sollten.“ Die Sozialpartner hätten sicherlich große Verdienste, künftig sollten sie sich aber auf ihre Kernaufgaben fokussieren – wie Kollektivvertragsverhandlungen. In Zukunft werde eine starke Regierung Entscheidungen treffen, auch gegen erwartbaren Widerstand aus den Bundesländern mit ihren sechs schwarzen und drei roten Landeshauptleuten.

Der Widerstand ist bereits da. „Für sehr klug halte ich diese Aussagen nicht“, sagt Lehrergewerkschafter Paul Kimberger auf Anfrage des KURIER. „Auch Kurz wird die Erfahrung machen, dass man Reformen nur mit den Betroffenen, also mit den Lehrern und Lehrergewerkschaftern, machen kann und nicht gegen sie“, prophezeit Kimberger dem ÖVP-Chef. Bildung sei „nicht so wie in der Wirtschaft, wo es um irgendwelche Benchmarks geht“, sagt Kimberger. Bei Bildung „stehen Menschen, unsere Kinder, dahinter“.

Kimberger führt die Aussagen von Sebastian Kurz auf den Intensivwahlkampf zurück: „Die Nervosität ist hoch, Aussagen werden überspitzt.“ Nach dem 15. Oktober schaue die Welt wieder anders aus.

Wirtschaftskammer-Boss Christoph Leitl war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Im Wirtschaftsbund heißt es jedoch ähnlich wie bei der Lehrergewerkschaft: Nach der Wahl werde man sehen. Da werde dann halt nicht der Wirtschaftsbund-Generalsekretär Peter Haubner am Koalitionsverhandlungstisch sitzen, sondern der Salzburger ÖVP-Spitzenkandidat Peter Haubner.

Read more … Kurz-Aussage „nicht sehr klug“

2017-10-03 14:11

Dirty Campaining: Laut Silberstein Kern nicht eingeweiht

Der frühere SPÖ-Berater Tal Silberstein gibt an, dass Kanzler und Parteichef Christian Kern in seine verdeckten Facebook-Aktionen gegen den ÖVP-Spitzenkandidaten Außenminister Sebastian Kurz nicht eingeweiht gewesen sei.

„Der Kanzler hatte nicht einmal das entfernteste Wissen oder die entfernteste Information darüber“, sagte Silberstein in „News“ (Onlineausgabe). Und: „Es ist Teil einer Negativkampagne der Gegenseite, alles dem Kanzler und der SPÖ vorzuwerfen.“

Keine Angaben zu Auftraggeber

Öffentlich wurde die Causa laut Silberstein über einen „Maulwurf“ in seinem Team, nicht aber über seinen Partner Peter Puller, wie er sagt. Außerdem zitierte „News“ Angaben aus dem „Umfeld“ Silbersteins, wonach die beiden Facebook-Gruppen ohne Auftrag der SPÖ eingerichtet worden seien, um Daten über Zielgruppen zu sammeln.

Der seitens der SPÖ involvierte Mitarbeiter habe nur Informationen aus Umfragen und Fokusgruppen beigesteuert, um die Seiten bestmöglich auf die Zielgruppen auszurichten. Die Kosten seien nicht bei den kolportierten 500.000, sondern unter 100.000 Euro gelegen.

Read more … Dirty Campaining: Laut Silberstein Kern nicht eingeweiht

2017-10-02 21:48

SPÖ leitet rechtliche Schritte ein

Hoffen auf mehr Tempo bei Aufklärung

Die SPÖ will nun rechtliche Schritte in der Causa Silberstein unternehmen. Nach Medienrecht wird Anzeige gegen unbekannt eingebracht - also gegen die Betreiber jener Facebook-Seiten, die unter Mitwissenschaft zumindest eines SPÖ-Mitarbeiters Dirty Campaigning gegen ÖVP-Chef Sebastian Kurz betrieben haben.

Dazu kommt eine Sachverhaltsdarstellung wegen der Diffamierung von Kanzler Christian Kern (SPÖ) auf einer Facebook-Seite. Kurz werde eingeladen, sich dem anzuschließen, erklärte der interimistische Bundesgeschäftsführer Christoph Matznetter Montagnachmittag.

Facebook soll Betreibernamen nennen

Schließlich wird sich die SPÖ noch juristisch an Facebook wenden mit dem Ersuchen, die Namen der Initiatoren der Facebook-Seiten herauszugeben. Nach Rechtsansicht der SPÖ würde das E-Commerce-Gesetz dazu die Möglichkeit bieten, gehe es in dem Fall doch um Kreditschädigung.

Durch die juristischen Schritte erhoffen sich die Sozialdemokraten mehr Tempo bei der Aufklärung der Sache. Denn die SPÖ stößt als private Organisation - die nicht die Möglichkeiten von Polizei oder Staatsanwaltschaft hat - hier an ihre Grenzen.

Gage von Dritten vermutet

Als sehr unwahrscheinlich bezeichnet Matznetter, dass die Kampagne mit jenem Honorar finanziert worden sein könnte, das Tal Silberstein seitens der Sozialdemokraten erhalten hat. Der Bundesgeschäftsführer vermutet, dass die Gage von anderer Seite gekommen sein muss. Wer der unbekannte Financier ist, wisse man zumindest derzeit noch nicht.

Was die Prüfung des Vertrags mit dem umstrittenen Werber angeht, setzt die SPÖ auf jenen Wirtschaftsprüfer, der vom Rechnungshof unter seinem damaligen Präsidenten - und heutigen ÖVP-Kandidaten - Josef Moser als Abschlussprüfer ausgesucht geworden sei. Er wurde von den Sozialdemokraten für eine entsprechende Prüfung engagiert. Ob sich die Untersuchung bis zum Wahltag ausgeht, wie sich die SPÖ das erhofft, ist allerdings unsicher.

„Mitten in Tsunami aufgewacht“

„Wir sind, wenn man so will, mitten in einem Tsunami aufgewacht“, hatte Matznetter zuvor bereits im Ö1-Morgenjournal gesagt. Wie „Presse“ und „profil“ am Samstag berichtet hatten, stand Silberstein hinter zwei Facebook-Seiten. Die eine gab sich als radikale Fanseite von ÖVP-Chef Sebastian Kurz aus, die andere schoss mit teils rassistischen, teils antisemitischen Postings gegen den ÖVP-Obmann. Laut dem interimistischen Geschäftsführer ist das nicht der Stil der SPÖ. „Wir wollen daher völlige Aufklärung und Transparenz herstellen“, sagte Matznetter. Er sagte, dass keinerlei Finanzierung der Facebook-Seiten vonseiten der SPÖ durchgeführt worden sei.

„Mehr als beklemmend“

Matznetter, der nach dem Rücktritt von Georg Niedermühlbichler mit Andrea Brunner die SPÖ-Bundesgeschäftsführung übernommen hatte, versicherte, alles zu tun, um erste Antworten noch vor der Wahl am 15. Oktober zu liefern. Die roten Wahlkämpfer seien in einem Argumentationsnotstand. Daher brauche es Antworten auf die Fragen. „Ich darf mich an der Stelle auch bei den vielen Menschen, denen

die Demokratie ein Anliegen ist und die so was nicht wollen, entschuldigen“, sagte Matznetter.

„Die SPÖ steht 14 Tage vor der Wahl vor einer Situation, die mehr als beklemmend ist“, den Nutzen habe der politische Mitbewerb, so Matznetter. Ähnlich wie SPÖ-Obmann und Kanzler Christian Kern Sonntagabend auf ATV fand Matznetter es mehr als sonderbar, wie die Sache abgelaufen sei. Silberstein habe jemanden beauftragt, der schon einschlägig mit Dirty Campaigning für die ÖVP aufgefallen sei. Man müsse sich fragen, wem das nütze.

„Ich glaube nicht immer an Zufälle“, gerade „wenn dann auch noch ein Spitzenkandidat einer anderen Partei gestern in der Fernsehdiskussion genau wusste, wie viele Mitarbeiter hier für Silberstein tätig waren.“ Das sei nirgends gestanden. „Das macht uns schon sehr nachdenklich.“

Köstinger sieht „Opfer-Täter-Umkehr“

ÖVP-Generalsekretärin Elisabeth Köstinger verlangte „echte Aufklärung statt Vertuschung“ und eine Entschuldigung von Kern. Matznetter warf sie vor, „Opfer-Täter-Umkehr“ zu betreiben. „Bedauerlicherweise hat Bundeskanzler Christian Kern nicht die Größe, sich bei uns zu entschuldigen. Er sollte es aber jedenfalls bei allen Menschen tun, die getäuscht wurden, und allen, die rassistisch und antisemitisch diffamiert wurden, allen voran die Israelitische Kultusgemeinde“, so Köstinger.

Auch Kurz fordert Entschuldigung

Auch Kurz drängte am Montag auf eine Entschuldigung Kerns. „Wenn schon nicht bei mir, dann zumindest bei den Menschen, die getäuscht wurden oder durch radikale Postings verletzt wurden“, so Kurz. Nun müsse von der SPÖ geklärt werden, wer diese Machenschaften und den mittlerweile gefeuerten Berater Silberstein beauftragt habe, Dirty Campaigning zu machen. Den Vorwurf, er verfüge über Insiderwissen in der Causa, wies der ÖVP-Chef zurück: „Das wird immer absurder.“

Kern sieht sich als Opfer

„Wir haben nicht gerade einen Lauf gehabt“, hatte Kern in der TV-Diskussion den bisherigen SPÖ-Wahlkampf kommentiert. Gleichzeitig warnte er erneut vor einer möglichen schwarz-blauen Regierung nach der Wahl. Für das am Wochenende aufgedeckte Dirty Campaigning habe er überhaupt kein Verständnis, das müsse „konsequent aufgeklärt“ werden. Kern sah sich und die SPÖ aber auch als Opfer: „Wir sind die wesentlich Geschädigten.“ So sei er auf der Facebook-Seite „Die Wahrheit über Christian Kern“ verunglimpft worden, 80 Prozent der Inhalte seien gegen die SPÖ gerichtet gewesen, das sei „einigermaßen skurril“.

Kern meinte auch, die Seiten seien erst mit der Auflösung des Vertrages mit Silberstein vermehrt rassistisch und antisemitisch geworden. „Das ist nicht in unserer Küche gekocht“, sagte Kern. Er sehe auch Querverweise zu anderen Parteien. Dass die Geschichte 14 Tage vor der Wahl publik werde, „das sind schon sehr viele Zufälle“.

„Ärgert mich auch für Sebastian Kurz“

Die Vorfälle würden ihn wegen der SPÖ-Basis ärgern, die den Wahlkampf betreibe - und es „ärgert mich auch für Sebastian Kurz“. Kern kritisierte aber auch - in Anspielung auf Berichte über Korruptionsvorwürfe bezüglich Firmenbeteiligungen seiner Frau und seiner selbst - Medien, die „völligen Unsinn“ über ihn verbreiten würden. Das sei „erstunken und erlogen“, würde aber von ÖVP- und FPÖ-Accounts weiterverbreitet. „Die beiden Kollegen“ - gemeint waren ÖVP-Chef Kurz und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache - würden nun so tun, „als ob sie ihre Hände in Unschuld waschen.“

So wunderte sich Kern auch, dass Kurz in der Diskussion gesagt hatte, Silberstein habe zwölf Mitarbeiter und ein Büro gehabt. Das „Insiderwissen“ sei in keiner Zeitung gestanden. Der ÖVP-Chef gab an, das aus Gesprächen mit Journalisten erfahren zu haben. Kern verwies dagegen darauf, dass Silberstein ja einen ehemaligen ÖVP-Mitarbeiter mit der Leitung der verdeckten Facebook-Aktion betraut habe.

Kurz: „Wer hat es finanziert?“

Kurz verwies zu Beginn der Diskussion darauf, dass seine Partei immer wieder gegen die Seiten protestiert und auch bei Facebook vergeblich die Einstellung beantragt habe. Zudem habe man schon vor einem halben Jahr gesagt, dass mit Silberstein Wahlkampfmethoden importiert werden, „die wir in Österreich nicht wollen“. Vonseiten der SPÖ sei gesagt worden, Silberstein würde nur Daten analysieren.

Kurz sah eine „Grenzüberschreitung“, es sei versucht worden, die Menschen zu täuschen. Mit der Seite „Wir für Sebastian Kurz“ sei versucht worden, ihm die Schuld zu geben. Dass Niedermühlbichler mit seinem Rücktritt politische Verantwortung übernommen hat, nahm Kurz mit „Hochachtung“ zur Kenntnis. Es würden aber entscheidende Fragen bleiben: „Wer hat es beauftragt und wer hat es finanziert?“

Strache: „Das ist eine Kern-Affäre“

Strache sah einen „Tiefpunkt der politischen Kultur“. Die Facebook-Seite mit antisemitischen Postings habe man der FPÖ unterjubeln wollen. Strache sagte, er glaube überhaupt, dass auf unterschiedlichen Facebook-Seiten seit Jahren „Agents Provocateurs“ unterwegs seien. Solche Methoden hätten in der politischen Landschaft nichts verloren.

Strache sagte, er wundere sich, wieso die Facebook-Seiten nach den Enthüllungen in kürzester Zeit abgedreht wurden, wo doch die SPÖ nichts damit zu haben wolle. Natürlich trage Kern als Parteichef Verantwortung: „Das ist eine Kern-Affäre.“ Er lasse nicht zu, dass sich Kern nun als „Unschuldslamm“ präsentiere. Dass dieser von „Hetze und Hass“ im Netz nichts gewusst haben soll, „das kauft niemand dem Herrn Kern ab“. Strache schlug vor, statt einer internen „Taskforce“ Peter Pilz mit der Untersuchung zu beauftragen. Nachsatz: Der werde nach dem 15. Oktober auch Zeit haben.

Pilz: „Absolute Schande“

Pilz, der mit seiner Liste bei der Nationalratswahl antritt, sprach von einer „absoluten Schande“, holte aber gleich zum Rundumschlag aus und kritisierte die ÖVP etwa in Sachen Islamstudie. Österreich habe derzeit viele und ganz andere Probleme.

Grünen-Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek sagte, sie hätte sich eine Entschuldigung von Kern erhofft. Sie wies auch darauf hin, dass Kurz eine Moderatorenfrage nicht beantwortet hatte, nämlich ob ein „Maulwurf“, den Silberstein laut einem Interview in der SPÖ vermutete und der die Aufdeckung ins Rollen gebracht hatte, aus der ÖVP gekommen sei.

NEOS-Chef Matthias Strolz wiederum sah sich in der Affäre in seiner Parteigründung bestätigt: „Wir halten das alte Politsystem nicht aus.“ Er räumte erneut ein, dass Silberstein zwar vor einiger Zeit für NEOS Wien gearbeitet habe, auf Bundesebene aber nicht.

Read more … SPÖ leitet rechtliche Schritte ein

- Previous
- 1
- 2